Geschäfts-Nr. 54.25.04

Kanton Obwalden

**Kantonsrat**

Art des Vorstosses: ☒ Interpellation ☐ Anfrage

Titel: Mit Open Source zu mehr digitaler Souveränität und Datenschutz?

Mit Open-Source-Software (OSS) in der öffentlichen Verwaltung verfolgen die Einrichtungen, die auf solche Produkte setzen, ganz unterschiedliche Ziele, die von einem Bemühen um Kostenreduktion bis hin zur Durchsetzung eigener Datensouveränität reichen können. OSS sind auf dem Markt, seit es Computer gibt. Der Quellcode (source) von OSS ist nicht verschlossen sondern allen zugänglich und offengelegt (open), was die Transparenz der Datenverarbeitung erhöht und sogar individualisierte Anpassungen und Weiterentwicklungen zulässt. Zahlreiche öffentliche Verwaltungen im In- und Ausland, versuchten oder vollzogen in dieser Zeit mit unterschiedlichem Erfolg einen Umstieg auf OSS. In den letzten Jahren machten zahlreiche Linux-Distributionen grosse Fortschritte insbesondere in der Benutzerfreundlichkeit. Moderne Fachanwendungen werden oftmals nicht mehr als Programm installiert, sondern arbeiten webbasiert, was die Kompatibilität stark vereinfacht. Auch lokal installierte Anwendungen für Windows laufen mit Zusatzprogrammen auf alternativen Betriebssystemen.

Neu hat in Deutschland das Bundesland Schleswig-Holstein den Umstieg auf OSS in Angriff genommen (https://www.youtube.com/watch?v=Q2Ny0rVrERc). Neben Kosteneinsparungen erhofft man sich zahlreiche Vorteile, unter anderem soll mit dem digital souveränen IT-Arbeitsplatz die Abhängigkeit der öffentlichen Verwaltung von einzelnen Software-anbietenden grundlegend reduziert werden. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Erreichung digitaler Souveränität. Neben verbesserter Informationssicherheit und Datenschutz ermöglicht der Einsatz von OSS auch schnellere Innovation bei IT-Anwendungen.

Gemäss Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG) muss auch die Bundesverwaltung den Quellcode ihrer Software-Anwendungen als OSS offenlegen.

Auch beim Thema Sicherheit kann OSS punkten. Obwohl auch die Hersteller von proprietärer Software Anstrengungen unternehmen, um ihre Produkte sicher zu gestalten, kennt der Kunde, aber auch potentielle Schadprogrammersteller, die wirklichen Schwachstellen oft nicht (Security through obscurity). Bei OSS kann jedermann den Quellcode einsehen, auf Fehler prüfen und gegebenenfalls korrigieren. Auch aus diesem Grund gibt es kaum Viren, Würmer und Trojaner für Linux, obwohl es für Cyber-kriminelle sicher interessant und gewinnbringend wäre, die zahlreichen Linux-basierenden Server zu infizieren.

Im Bereich der Büroapplikationen, gibt es zahlreiche Alternativen (Libre Office, Open Office, etc) und Programme für jedes Bedürfnis, welche qualitativ ihren prominenten käuflich zu erwerbenden Verwandten heute in nichts mehr nachstehen.

Auskunftsbegehren/Frage:

- Welche Lizenzgebühren werden kumuliert jährlich für Standardsoftware (Büroapplikationen, keine Fachanwendungen) und Betriebssysteme an welche Softwareentwickler (z.B. Microsoft) im ILZ-Verbund und in der kantonalen Verwaltung ausgegeben (wichtigste Positionen für Obwalden)?

- Gemäss Medienberichten sind öffentliche Verwaltung beim Einsatz von MS Office 365 stark abhängig vom Hersteller. Bei Microsoft-Cloudlösungen kann es immer sein, dass vertrauliche Daten im Ausland, z.B. in den USA, landen. «Faktisch hat immer Microsoft und letztendlich der amerikanische Staat Zugriff auf diese Daten». Wie sieht die Regierung die Problematik bezüglich Datenschutz?

- Auch beim Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) gelangen Daten automatisch zu den Softwareentwicklern. In welchen Bereichen erachtet die Regierung den Einsatz von KI als sinnvoll und wo kann dieser aus Datenschutzgründen bedenklich sein?

- Wie sieht die Regierung die Chancen und Machbarkeit des Einsatzes von Open-Source-Software? Unabhängigkeit von einem Hersteller, Kosteneinsparungen, maximale Flexibilität, Hardwareplattform-Unabhängigkeit und Sicherheit gegenüber der vertrauten Lösungen der grossen Anbieter und der damit verbundenen Komfortzone bei der täglichen Arbeit der kantonalen Verwaltung?

- In welchen Teilbereichen könnte man allenfalls eine Umstellung auf Open-Source-Software starten? Welche Bereiche sind allenfalls gar nicht für eine solche Umstellung geeignet?

Begründung:

- Lizenzgebühren für proprietäre Standardsoftware sind sehr hoch und können mit Alternativen allenfalls teilweise vermieden werden.
- Datenschutz spielt bei künstlicher Intelligenz (KI) und Cloudlösungen eine erhebliche Rolle.
- Open-Source-Software (OSS) kann in den meisten Fällen betreffend Sicherheit einem Vergleich mit proprietärer Software standhalten.

Datum: 20/03/25 Urheber/-in: Martin Hug

Gregor Jaggi

Mitunterzeichnende: